

Pako-Rede 21.10.23

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Teilnehmer:innen an der Kundgebung,

wir versammeln uns heute hier, um gegen den völkermörderischen Krieg der israelischen Armee im Gazastreifen zu protestieren.

Die israelische Regierung rechtfertigt ihr Vorgehen mit dem militärischen Angriff von Hamas- und anderen Kämpfer:innen, mit dem sie die tödlichen Sperranlagen um den Gazastreifen überwand. Dabei griffen die Kämpfer:innen auch Zivilist:innen in den umgebenden Siedlungen an, viele starben, viele wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Das ist ein Vorgehen, das wir vom Palästina-Komitee von Anfang an entschieden verurteilt haben. Angriffe auf Zivilist:innen sind mit nichts zu rechtfertigen.

Der Rachezug, den die israelische Armee daraufhin startete, ist ein noch größeres Kriegsverbrechen. Von den führenden israelischen Politiker:innen ist er auch so angekündigt worden. Eine Nakba, die 1948 in den Schatten stellt, die Zerstörung der Infrastruktur des Gazastreifens bis auf die Grundmauern, Palästinenser:innen als menschliche Tiere – das sind die Ziele und Vorstellungen, die die israelischen Regierungspolitiker:innen erklärten. Und auch Gantz, ein früherer Kriegsminister, der der aktuellen Regierung der Generäle angehört, ist stolz darauf, den Gazastreifen in die Steinzeit zurück zu bomben.

Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, die Wasserversorgung, Moscheen und Kirchen – das sind die Kriegsziele der israelischen Armee. Schon allein die vollständige Blockade der Lieferung von Nahrung, Elektrizität und Wasser hat eine humanitäre Katastrophe gebracht. Bombardiert werden auch all diejenigen, die dem Aufruf der israelischen Armee folgen, in den südlichen Gazastreifen zu gehen. Es gibt keinen sicheren Platz im Gazastreifen. Wie u.a. von Human Rights Watch und Amnesty International nachgewiesen wurde, setzt die israelische Armee weißen Phosphor in dem dicht besiedelten Gebiet ein, ein weiteres klares Kriegsverbrechen.

Die tödliche Bilanz der Bombardierung des Gazastreifens im Minutentakt liegt schon jetzt bei mehr als 4000 Menschen, mehr als 1000 von ihnen sind Kinder. Dienstag, 17. Oktober 2023, bombardierte die israelische Armee das Al Ahli-Baptist Krankenhaus im Zentrum von Gazastadt und tötete 500 Menschen. Wie in weiteren Krankenhäusern und Schulen hatten auch dort tausende Geflüchtete Schutz gesucht. Die Nebelkerzen, mit denen die israelische Regierung versucht, die Verantwortung auf den Islamischen Jihad abzuwälzen, sind durchsichtig. Die Stärke der Explosion, die Töne vor dem Einschlag, vorherige Bombardierungen von Al Ahli durch die Armee, Evakuierungsaufforderungen in den 3 vorhergehenden Tagen, alles weist klar auf den Täter hin – die israelische Armee. Am späten Donnerstagabend, 19. Oktober 2023, bombardierte die israelische Armee die griechisch-orthodoxe Kirche St. Porphyrius, ebenfalls im Zentrum von Gazastadt. Auch dort starben zahlreiche Menschen, unter ihnen viele Geflüchtete. Diese sehr alte Kirche aus dem 12. Jahrhundert ist ein Wahrzeichen für die Vielfalt der Kulturen und Religionen Palästinas, die der rassistische zionistische Siedlerkolonialismus zerstören möchte.

Die Konsequenzen sollten klar sein. Unter anderem die Generalsekretärin von Amnesty International Agnès Callamard forderte den Stopp der Waffenlieferungen, die für Kriegsverbrechen genutzt werden. Sie appellierte an die internationale Gemeinschaft, endlich die Legitimierung der 16-jährigen völkerrechtswidrigen Blockade des Gazastreifens zu beenden.

Die deutschen Regierungspolitiker:innen tun jetzt das genaue Gegenteil, mit Unterstützung der Opposition, von der rechtsextremen AFD bis zur Linkspartei. Außenministerin Baerbock wiederholt die israelische Propaganda, die Hamas halte die palästinensische Bevölkerung des Gazastreifens als Geiseln. Sie stellt damit die Wirklichkeit auf den Kopf. Die Bedingungen im Gazastreifen mit einer Bevölkerungsdichte, die mehr als doppelt so hoch liegt wie in Hamburg, wurden von zionistischen Milizen geschaffen, die bereits vor der Staatsgründung Israels Palästina ethnisch säuberten. Zwei Drittel der Bevölkerung des Gazastreifens sind Flüchtlinge aus der Umgebung, denen der Staat Israel ihr Menschenrecht auf Rückkehr seit 75 Jahren verweigert.

Und mehr noch, die Bundesregierung liefert Waffen – stellt Kampfdrohnen zur Verfügung, Munition für Kriegsschiffe und weitere Ausrüstung für die israelische Armee.

Gleichzeitig werden vielfach Demonstrationen verboten, auch für alle, die jetzt Menschlichkeit und einfach einen Stopp des israelischen Feldzugs fordern. Dazu gehört unter vielen anderen die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Berlin.

Die Ziele, die die Bundesregierung anstrebt, ist die noch engere Zusammenarbeit des israelischen Apartheidregimes mit den arabischen Regimen und dem diktatorischen türkischen Regime. Dafür werden überall Bewegungen brutal unterdrückt, die sich für Demokratie und Selbstbestimmung stark machen, besonders gilt dies für die kurdische Bewegung, die derzeit ebenfalls brutal kriegerisch angegriffen wird. Die gewissenlose Unterstützung des Feldzugs der israelischen Armee gegen die Palästinenser im Gazastreifen durch die Bundesregierung gehört genau zu dieser Strategie.

Liebe Freund:innen, wir sind nicht allein:

International gehen derzeit Zehntausende auf die Straßen, um gegen das Vorgehen der israelischen Armee zu protestieren. Allein in London waren es vor kurzem 150.000.

In den USA sind am vergangenen Mittwoch, 18. Oktober, tausende Jüdinnen und Juden zum Capitol in Washington gezogen. Die Demonstrationen unter dem Motto „Jews against Genocide“ mit einem Sit in beim Capitol wurde von der Jewish Voice for Peace organisiert und von anderen jüdischen Organisationen unterstützt. Die Demonstrierenden forderten einen Stopp der US-amerikanischen Unterstützung für die israelische Regierung.

Wir demonstrieren heute für einen :

- Sofortigen Waffenstillstand

- den sofortigen Stopp der Unterstützung aus der Bundesrepublik für den Feldzug der israelischen Regierung.

- Sofortige Verhandlungen über einen Austausch der israelischen Geiseln gegen palästinensische politische Gefangene in israelischen Knästen. Darunter sind u.a. 1200 Administrativhäftlinge, die dort oft seit Jahren ohne Anklage und Gerichtsverhandlung festgehalten werden. Auch fast 200 Kinder sind unter diesen politischen Gefangenen. Die israelischen Geiseln sind in extremer Weise durch die Bombardierung der israelischen Armee gefährdet, wir müssen uns auch für ihre Freilassung einsetzen.
- Für ein freies demokratisches Palästina mit gleichen Rechten für alle seine Bewohner:innen und sozialer Gerechtigkeit
- Es lebe die internationale Solidarität

palaestinakomitee-stuttgart.de